

Der Friedensplan des US-Präsidenten : aktuelle Entwicklung

Autor(en): **Hübschen, Jürgen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **186 (2020)**

Heft 7

PDF erstellt am: **18.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-905593>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Friedensplan des US-Präsidenten: aktuelle Entwicklung

Am 28. Januar 2020 hatte Donald Trump seine «Vision» im Beisein des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu auf einer Pressekonferenz im Weissen Haus der Weltöffentlichkeit vorgestellt. Der nachfolgende Beitrag beschäftigt sich mit den wesentlichen Entwicklungen der vergangenen vier Monate und schliesst mit einer zusammenfassenden Beurteilung über die Wahrscheinlichkeit einer Realisierung der «Vision» des US-Präsidenten.

Jürgen Hübschen

Die Entwicklungen in Israel waren, wie in vielen Ländern der Erde, stark geprägt von der Corona-Pandemie, so dass politische Entwicklungen nicht völlig dominierend waren. Trotzdem beherrschte der seit mehr als einem Jahr andauernde Wahlkampf weitgehend die Schlagzeilen. Obwohl auch die dritte Wahl innerhalb eines Jahres keine klare Mehrheit gebracht hatte, konnte durch einen politischen Kuhhandel am 17. Mai eine Koalitionsregierung vereidigt werden. Die beiden Rivalen Benjamin Netanjahu und Benny Gantz hatten sich darauf verständigt, sich in der kommenden Legislaturperiode das Amt des Regierungschefs zu teilen. Neben anderen Absprachen hatte Gantz, der sein Wahlversprechen, niemals mit Netanjahu zu koalieren, gebrochen, auf ein Veto-Recht im Zusammenhang mit der Umsetzung des «Friedensplanes» und der damit verbundenen geplanten Annexion des Jordantales verzichtet. Netanjahu, dem aktuell in seinem Beisein vor Gericht die Anklageschrift wegen Korruption und anderer Delikte verlesen wurde, ist nach wie vor entschlossen, die Annexion des Jordantales im Juli in Angriff zu nehmen.

Israels neuer Aussenminister Gabi Aschenasi bezeichnete Trumps «Vision» bei seinem Amtsantritt als «historische Gelegenheit». Die Grenzen könnten geklärt und «die Zukunft Israels in den kommenden Jahrzehnten geformt werden. Der Plan wird auf verantwortliche Weise und in Abstimmung mit den USA vorangebracht werden, während wir die Friedensverträge und strategischen Interessen Israels schützen». Die Palästinenser erwähnte er mit keinem Wort.

56 ehemalige israelische Abgeordnete, vorwiegend aus linken und liberalen Parteien, warnten vor der «Schaffung eines Apartheid-Staates». 220 ehemalige is-



Der israelische Aussenminister Gabi Aschenasi: «Historische Gelegenheit».

raelische Offiziere und hochrangige Mitarbeiter des Geheimdienstes sehen Israels Sicherheit gefährdet, falls es zu Annexionen kommt.

Die Entwicklungen in den USA

Washington scheint allerdings signalisiert zu haben, dass es diesbezüglich keinen Zeitdruck gebe. Bei seinem jüngsten Besuch in Israel hatte US-Aussenminister Pompeo zwar in allgemeiner Form darauf gedrängt, den Plan seines Präsidenten umzusetzen, indem er erklärte, der US-Präsident habe seine «Friedensvision» im Janu-

ar veröffentlicht und «es muss noch Arbeit verrichtet werden, und wir müssen in der Frage Fortschritte machen», aber die Umsetzung der Annexion sei «letztlich eine israelische Entscheidung». Netanjahu und Gantz müssten «einen gemeinsamen Weg finden». US-Diplomaten ergänzen, das könne «eine Weile dauern». Der US-Präsident befindet sich in einem Dilemma, einerseits erhofft er sich durch seine «Friedensvision» Sympathien bei den jüdischen und evangelikalen Wählern bei der Präsidentschaftswahl im November dieses Jahres, andererseits bekommt aber die Corona-Pandemie und den damit verbundenen wirtschaftlichen Abschwung nicht in den Griff und sieht sich bereits heute mit über 100 000 Corona-Toten im eigenen Land konfrontiert.

Die Entwicklungen auf der palästinensischen Seite

Die USA hatten die Palästinenser an der Entwicklung der «Friedensvision» nicht beteiligt und ignorieren deren Vorstellungen und Position auch weiterhin. Bei seinem Besuch in Israel hatte Pompeo auf ein Gespräch mit Vertretern der palästinensischen Autonomiebehörde ganz bewusst verzichtet. In Ramallah protestierten Tausende gegen den Plan. Für Palästinenserpräsident Abbas war das ein erneuter Grund, am 19. Mai 2020 zu erklären: «Die Palästinensische Befreiungsorganisation und der Staat Palästina sagen sich von heute an von allen Verträgen und Vereinbarungen mit den Regierungen der Vereinigten Staaten und Israels los, sowie von allen Verpflichtungen, die aus diesen hervorgehen, einschliesslich der Sicherheitsvereinbarungen». Israel müsse nun selbst die Verant-

Int. anerkannte Grenzen



Grafik: sbr / Quelle: UNO, Weisses Haus

Vorschlag Trump



Der US-Friedensplan. Bild: Tages-Anzeiger

wortung für die besetzten Gebiete übernehmen. Man mache Amerika dabei als Partner einer Besatzungsmacht «voll verantwortlich für die Unterdrückung des palästinensischen Volkes». Dies schlies-

se alle Konsequenzen angesichts des internationalen humanitären Völkerrechts ein.

Abbas hatte bereits im Februar bei einem Treffen mit dem ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Olmert in New York erklärt, dass er dessen Plan aus dem

Jahre 2008 akzeptiere. Olmert hatte im Gegenzug Abbas als «einzigsten Partner» bezeichnet, mit dem Israel zusammenarbeiten könne.

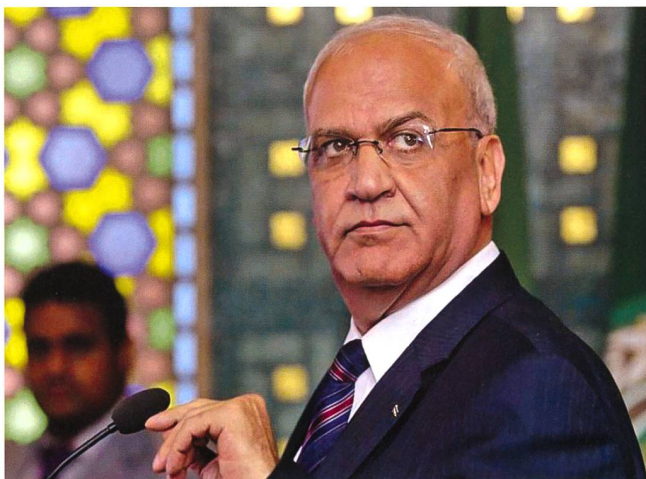
Der palästinensische Chefunterhändler Saeb Erekat sagte, Pompeo habe vor seinem Israel-Besuch keinen Kontakt mit den Palästinensern gesucht. Erekat wörtlich: «Die Trump-Regierung kollaboriert bei den Anneixionsplänen mit Is-

rael.» Der palästinensische Ministerpräsident Mohammed Staje forderte bei einem Gespräch mit dem EU-Aussenbeauftragten Josep Borrel, die EU müsse ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht einbringen, um die Umsetzung von Trumps Plan zu verhindern.

Die Entwicklungen in der arabischen Welt

Die Arabische Liga unterstützt die Position von Abbas einvernehmlich. Sie warnte am 30. April in einer gemeinsamen Stellungnahme, eine Umsetzung der Pläne wäre «ein Kriegsverbrechen gegen die Palästinenser». Der jordanische König Abdullah II warnte vor einem massiven Konflikt mit seinem Land, falls Israel tatsächlich die Grenzen verändern würde. In einem solchen Fall «ziehen wir sämtliche Optionen in Betracht». Sollte die palästinensische Autonomiebehörde zusammenbrechen, könnte das die Region ins Chaos stürzen und Extremisten neuen Auftrieb geben.

Der palästinensische Chefunterhändler Saeb Erekat bezeichnete Trumps Plan als «Betrug des Jahrhunderts». Bild: timesofisrael



Position des Irans

Die Position des Irans ist für die Entwicklung in der Region immer von besonderer Bedeutung. Am sogenannten «Jerusalem-Tag» – erinnert traditionell Teheran an die Besetzung Ost-Jerusalems durch Israel während des Sechstagekriegs von 1967 – bezeichnete das geistliche Oberhaupt des Irans, Ayatollah Khamenei, den Staat Israel als «Tumor in der Region» und sprach Israel das Existenzrecht ab. Es gehe dem Iran aber nicht darum, die Juden zu eliminieren, sondern um ein «aufgedrängtes Regime», wie das von Netanjahu.

Irans Aussenminister Mohammed Dschawad Sarif erklärte, Iran werde «die palästinensischen Freiheitsbewegungen» weiterhin uneingeschränkt unterstützen und es nicht zulassen, dass Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt und der «Deal des Jahrhunderts» durchgeführt werde.

Entwicklungen und Stellungnahmen in der EU

Die EU ist insgesamt zerstritten, wie man auf eine israelische Annexion des Jordantales reagieren soll.

Elf EU-Staaten, darunter Deutschland, Frankreich, das Vereinigte Königreich, Italien, Luxemburg und Spanien, kritisierten den in den israelischen Koalitionsvereinbarungen festgehaltenen Plan, Teile des

**«Der Iran wird
die palästinensischen
Freiheitsbewegungen»
weiterhin uneingeschränkt
unterstützen.»**

Mohammed Dschawad Sarif,
Aussenminister

Westjordanlandes zu annektieren. Das hätte «ernste Konsequenzen». Die Kritik wurde in einer Videokonferenz mit einer für Europa-Fragen zuständigen Diplomatin des israelischen Aussenministeriums geäussert. Die EU-Diplomaten erklärten, eine Annexion von Teilen des Westjordanlandes wäre «ein klarer Bruch internationalen Rechts.»

Osteuropäische EU-Staaten hatten an der Videokonferenz nicht teilgenommen

und sind bislang insgesamt eher «in der Deckung geblieben», was ihre Haltung angeht.

Am schärfsten äusserte sich bislang Luxemburgs Aussenminister Jean Asselborn: «Wenn man ein Territorium annektiert, das einem nicht gehört, dann ist das eine Verletzung des internationalen Rechts.» Das habe man in der EU auch so gesehen, als Russland 2014 die ukrainische Halbinsel Krim annektierte, und er ziehe diesen Vergleich ganz bewusst. «Wir müssen jetzt präventiv Stellung beziehen und Druck machen». Der deutsche Aussenminister Heiko Maas bekräftigte zwar die Völkerrechtswidrigkeit der israelischen Annexionspläne, wollte sich Asselborns Krim-Vergleich aber nicht anschliessen.

Belgien, Frankreich, Irland und Schweden wollen Israel eine harte Antwort geben, sprich Sanktionen androhen. Einzelne EU-Staaten schlagen vor, Israel von der weiteren Teilnahme am EU-Förderprogramm auszuschliessen. Seit 2014 werden Forschungsvorhaben in Israel mit 1,3 Milliarden Euro gefördert. Auch die weitere Teilnahme Israels am Erasmus-Programm für Studenten stellen manche EU-Staaten in Frage.

Der EU-Aussenbeauftragte Borrell: «Die Lösung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern bleibt eine Priorität für die EU.» Man warne vor jeder «einseitigen Aktion», die eine Zwei-Staaten-Lösung erfordere.

Beurteilung der Realisierung der «Friedensvision» von US-Präsident Trump

Die Frage, ob die «Friedensvision» des US-Präsidenten und vor allem, ob die darin enthaltene Annexion des Jordantals realisiert wird, hängt sicherlich davon ab, wie Trump diese für seine angestrebte Wiederwahl im November diesen Jahres einschätzt, denn Trump ist letztlich nur an sich selbst interessiert und auf seinen persönlichen Vorteil bedacht. Wenn Trump zustimmt, wird Netanjahu versuchen, das Jordantal zu annektieren, so wie Israel zuvor völkerrechtswidrig die Golan-Höhen zum israelischen Staatsgebiet und Jerusalem zur eigenen Hauptstadt erklärt hat und seit Jahrzehnten ungestraft Siedlungen baut, obwohl auch das im Völkerrecht expressis verbis verboten ist. Ohne die Unterstützung der USA ist Netanjahu mit seiner Regierung, die nur von 73 der 120 Knesset-Abgeord-

neten getragen wird und in der 36 Minister und 16 Vize-Minister agieren, nicht handlungsfähig.

Die Palästinenser haben letztlich keine Lobby. Ob die Arabische Liga ihren starken Worten auch Taten folgen lässt, muss bezweifelt werden. Auch die UNO wird wohl nur protestieren, so wie es ihr Nahost-Beauftragter Nikolaj Miadenow bereits getan hat.

«Die einzige echte Chance, eine Annexion des Jordantals doch noch zu verhindern, auch wenn Trump diese unterstützen würde, liegt bei der EU. Brüssel muss hier eine klare Karte zeigen.»

Die einzige echte Chance, eine Annexion des Jordantals doch noch zu verhindern, auch wenn Trump diese unterstützen würde, liegt bei der EU. Sie hat Israel bislang in sehr vielen Bereichen de facto behandelt wie ein Mitglied der Union und ist für Israel ein unverzichtbarer Handelspartner. Deshalb muss Brüssel hier ansetzen und eine klare Karte zeigen. Entweder spricht Israel sich ohne Wenn und Aber für die von der EU geforderte Zwei-Staaten-Lösung auf Augenhöhe mit den Palästinensern aus, was natürlich die beabsichtigte Annexion des Jordantals ausschliesst, oder Brüssel legt alle zivilen und militärischen Handelsbeziehungen auf Eis und setzt auch Israels Teilnahme am EU-Förderprogramm und an Erasmus aus. Es darf nicht passieren, dass es wie in der Vergangenheit wieder nur bei starken Worten bleibt und Israel weiterhin ungestraft internationales Recht ignoriert.

In einem solchen Fall wäre nämlich Brüssel mitverantwortlich für eine neue Krise in der Nahmittelost-Region, deren Dimension man sich lieber nicht vorstellen möchte. ■



Oberst i Gst aD
Jürgen Hübschen
Beratung für
Friedenssicherung und
Sicherheitskonzepte
D-48268 Greven